

FDP.Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern

Bundesamt für Energie
Sektion BP
3003 Bern

Bern, 19. Dezember 2012
VL Energiestrategie 2050 / GD

Energiestrategie 2050 Stellungnahme der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

1. Grundsätzliches

Die FDP.Die Liberalen will eine Energiepolitik, die liberal, realistisch und vorausschauend ist. Dazu gehören eine Standortbestimmung des aktuellen Energieverbrauchs, eine effizientere Ausnützung der bestehenden Potenziale zur Energieerzeugung, ein effizienterer Energieverbrauch, kein Festschreiben der Energieproduktionsarten und schon gar kein Verbot einzelner Energieproduktionsarten. Die FDP will klare und langfristig verlässliche Rahmendbedingungen anstatt neue Abgaben und Subventionen im Energiebereich.

Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ist ein falsches Instrument und darf nicht ausufern. Sie muss so umgebaut werden, dass Klein- und Kleinanlagen (bis 10 kW) nur noch eine einmalige Anschubfinanzierung erhalten. Diese Anlagen sind klar nach Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beurteilen. Energieintensive Betriebe müssen von Abgaben zugunsten der KEV befreit werden. Die FDP lehnt eine Aufhebung des KEV-Deckels entschieden ab. Nur so können wir die Energieversorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen.

Die FDP will, dass klar aufgezeigt wird, was das Gesamtpaket zur Energiestrategie 2050 alles umfasst. Wir wollen genau wissen, welche Massnahmen bis 2020, bis 2035 und bis 2050 umgesetzt werden sollen. Die FDP will keine Salamiaktik, sondern fordert, dass alle Massnahmen zu Beginn der Umsetzung der Energiestrategie 2050 auf dem Tisch liegen. Über dieses Gesamtpaket soll die Bevölkerung gegebenenfalls abstimmen können.

2. Verkehr und Gebäude

Die FDP fordert Energieeffizienzstandards für Gebäude. Zudem müssen all jene Gebäude, deren Sanierung sich nicht lohnt und bei denen sich ein Neubau anbietet, auf unbürokratische Weise ersetzt werden können. Auch hier gilt: Das bestehende Potenzial muss besser genutzt werden. Gebäude – sowohl private als auch gewerblich genutzte – die energieeffizient sind, müssen steuerlich begünstigt werden. Wer das vorhandene Potenzial seines Gebäudes nutzt und in Energieeffizienz investiert, soll belohnt werden.



Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Energieverbrauch (alle Formen der Energie), Stromverbrauch und CO₂-Reduktion. Werden die bestehenden Potenziale genutzt, können wir die dringend benötigte Energieversorgungssicherheit garantieren und die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um auch im internationalen Vergleich wirtschaftlich und gesellschaftlich Spitzenplätze zu belegen.

3. Stromproduktion

Die Rahmenbedingungen des Strommarktes müssen so gestaltet werden, dass Stromproduktionsformen mit der bestmöglichen Garantie der Versorgungssicherheit, Klimaschonung, wirtschaftlicher Effizienz und Sicherheit zum Einsatz kommen. Die Rahmenbedingungen für die Stromproduktionsformen sollen im Rhythmus von 15 Jahren überprüft werden, damit der technologische Fortschritt einbezogen und die Investitionssicherheit gewährleistet werden können.

Einzelne Technologien dabei zu verbieten lehnt die FDP ab. Genauso wenig will die FDP eine politisch motivierte Bevorzugung einzelner Technologien, ohne dass diese ihre ökonomische und ökologische Effizienz bewiesen haben. Die jeweils am besten geeignete soll den Vorzug erhalten, die Überprüfung im 15-Jahre-Rhythmus gewährleistet dies.

Die bestehenden Kernkraftwerke sollen so lange weiterbetrieben werden, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Neue Kernkraftwerke, die auf der heute verfügbaren Technologie basieren, werden von der FDP nicht unterstützt. Ein Technologieverbot, wie es in der Botschaft vorgesehen ist, lehnt die FDP aber auch in diesem Bereich ab.

Weiter soll der Strommarkt bis 2015 liberalisiert sein, damit alle Stromkonsumenten ihren Anbieter frei wählen können. Gleichzeitig ist der künftig liberalisierte Energiemarkt nicht mit neuen Regulierungen zu belasten. Zudem soll die Schweiz übers Jahr gesehen eine ausgeglichene Bilanz bezüglich den Stromimporten- und -exporten haben. Einer erhöhten Auslandsabhängigkeit ist rechtzeitig vorzubeugen. Die Integration in den europäischen Elektrizitäts-Binnenmarkt gilt es mit einem für die Schweiz vorteilhaften Stromabkommen mit der EU zu sichern.

Die vermehrte Stromproduktion aus un stetig anfallenden erneuerbaren Energien verlangt nach einer verstärkten Netzinfrastuktur und zusätzlichen Speichermöglichkeiten. Diese grossen Investitionen sind nur möglich, wenn klare und langfristig gültige Rahmenbedingungen herrschen und Einsprachemöglichkeiten beschränkt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Philipp Müller
Nationalrat

Der Generalsekretär



Stefan Brupbacher

Anhang

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: **FDP.Die Liberalen**

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	3
Allgemeine Fragen.....	4
Kernenergiegesetz.....	5
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz.....	5
Energieeffizienz.....	6
Gebäude.....	6
Mobilität.....	7
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft.....	8
Industrie und Dienstleistungen.....	9
Erneuerbare Energien.....	10
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....	12
Einspeisevergütungssystem.....	12
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen.....	14
Netzzuschlag.....	15
Fossile Kraftwerke.....	15
Netze.....	16

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP unterstützt die Neuausrichtung der Energiepolitik, lehnt aber die vorgeschlagenen Mittel ab, weil sie volkswirtschaftlich und für den einzelnen sehr schädliche Auswirkungen hätten.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP verlangt, dass der Bundesrat das Gesamtpaket mit allen Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie vorlegt.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP teilt die Einschätzungen des Bundesrates im vorliegenden Massnahmenpaket hinsichtlich der Potenziale zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Wind, Biomasse) nicht. Weiter fordert die FDP, die bestehenden Kernkraftwerke weiterzubetreiben, solange sie sicher sind.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Den Bau neuer Kernkraftwerke mit der heute verfügbaren Reaktorgeneration lehnt die FDP ab. Jedoch lehnt die FDP auch klar ein Technologieverbot, wie es im Kernenergiegesetz mittels Nichterteilung einer Rahmenbewilligung vorgesehen ist, ab. Über Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke künftiger Generationen soll weiterhin mittels Referendum das Volk befinden können. Eine gesetzlich verankerte Verweigerung einer Rahmenbewilligung ist gänzlich unnötig, da sowieso kein Rechtsanspruch auf deren Erteilung besteht (Kernenergiegesetz Art. 12, Abs. 2)

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP ist gegen eine Gesetzliche Festlegung sowohl von Ausbau- als auch von Verbrauchszielen. Die FDP will keine politisch motivierte Bevorzugung einzelner Technologien, ohne dass diese ihre ökonomische und ökologische Effizienz bewiesen haben.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP fordert, anstelle von Subventionen steuerliche Anreize für Investitionen in energieeffiziente Gebäude zu setzen. So bleibt das Geld im Wirtschaftskreislauf erhalten. Die Erhöhung der Zweckbindung macht die CO₂-Abgabe zur Steuer, was die FDP auch aus ordnungspolitischen Gründen ablehnt. Sollte sich der Bundesrat gegen den Willen der FDP für die 600 Mio. Franken Zweckbindung entschliessen, soll die Bundesverfassung angepasst und deshalb verpflichtend eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☐ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☒ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

siehe Bemerkung zu Frage 6.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqües} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Voraussetzung ist ein Bürokratieabbau bei Renovationen und ein erleichterter Abbruch alter und energieineffizienter Gebäude.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Hier muss sich die Schweiz am EU-Standard orientieren, ohne einen Sonderkurs zu fahren. Dies jedoch nur, wenn die EU die entsprechenden Regeln beschlossen hat und nur mit einer angemessenen Übergangsfrist für die Schweiz.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Hier muss sich die Schweiz am EU-Standard orientieren, ohne einen Sonderkurs zu fahren. Dies jedoch nur, wenn die EU die entsprechenden Regeln beschlossen hat und nur mit einer angemessenen Übergangsfrist für die Schweiz.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Ein- und Durchführung eines solchen Handelssystems führt zu einem enorm grossen bürokratischen Mehraufwand, der wiederum hohe Kosten verursacht. Einen Markt für Energiedienstleistung mittels eines neu zu schaffenden Zertifikathandelssystems einzuführen, ist wenig sinnvoll. Generell beobachtet die FDP den Umstand mit Sorge, zwar auf der einen Seite den Elektrizitäts- und Energiemarkt zu liberalisieren, ihn aber gleichzeitig mit solchen oder anderen Massnahmen massiv zu regulieren. Besser wäre es, den Stromverbrauch der Endkunden durch Setzen von verbindlichen Effizienzstandards (z. B. für Elektrogeräte) zu senken.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die rechtliche Grundlage zu einer Verpflichtung zur Herausgabe ist aus Sicht der FDP unklar und wird daher hinterfragt. Auch stellt eine solche Regelung wiederum bürokratischen Aufwand bei nicht ersichtlichem Ertrag dar. Es ist weiter nicht ersichtlich, inwiefern der Bund die aus der beschriebenen Informationspflicht gewonnen Daten verwendet. Die Transparenz kann für die FDP nur insofern eine Rolle spielen, als dass diese für das Funktionieren des freien Energiemarktes eine Notwendigkeit darstellt.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Die Energieagentur der Wirtschaft hat in diesem Bereich schon viele Vorarbeiten geleistet. Wir möchten, dass dieses Prinzip Hand in Hand mit der EnaW geht.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Bei der Planung muss auch – wo nötig – der Bau der Stromtrassen berücksichtigt werden. Produktion und Transport der Elektrizität müssen in einer Gesamtschau betrachtet und die Raumplanungskompetenz der Kantone berücksichtigt werden. Die FDP erwartet auch, dass die Bewilligungspraxis in diesem Bereich gestrafft und vor allem Beschwerde- und Einsprachemöglichkeiten deutlich reduziert werden.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Bei der Planung muss auch – wo nötig – der Bau der Stromtrassen berücksichtigt werden. Produktion und Transport der Elektrizität müssen in einer Gesamtschau betrachtet und die Raumplanungskompetenz der Kantone berücksichtigt werden. Es dürfen keine Präjudizen für Raumplanerische Tätigkeiten geschaffen werden. Die FDP erwartet auch, dass die Bewilligungspraxis in diesem Bereich gestrafft und vor allem Beschwerde- und Einsprachemöglichkeiten deutlich reduziert werden.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das ist eine Notwendigkeit, um die Bewilligungsverfahren zu straffen und Beschwerde- und Einsprachemöglichkeiten abzubauen.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vorbehalt: Solange solche Verbraucher nicht dauerhaft vom allgemeinen Netz getrennt sind, haben auch sie auf dem eigens verbrauchten Strom Netzentgelte zu bezahlen. Denn: Sobald sie nicht mehr selber produzieren, sind auch sie vom bestehenden Netz abhängig.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Regelung mit Deckelung der Beträge ist beizubehalten. Die Aufhebung dieser Deckelung lehnt die FDP entschieden ab. Diese wird zu massiven finanziellen Verpflichtungen führen, die weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sind. Die wirtschaftlichsten Energieformen sind zu unterstützen, nicht eine bestimmte Technologie oder Quantität.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss heutiger Gesetzgebung können Private eine Minderheitsbeteiligung an swissgrid erlangen. Daher wäre es aus Sicht der FDP nicht sinnvoll, die Vollzugsstelle innerhalb von swissgrid zu belassen. Die FDP fordert daher eine unabhängige Stelle, die mit dem Vollzug des Einspeisevergütungssystems beauftragt ist.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP fordert für solche Anlagen eine einmalige Anschubfinanzierung (siehe Frage 23).

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Die FDP fordert für solche Anlage eine einmalige Anschubfinanzierung analog der UREK-Motion 12.3663 – Umbau der KEV.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

siehe Frage 23

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP lehnt eine Aufhebung des KEV-Deckels entschieden ab.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP lehnt die einseitige Förderung einer bestimmten Technologie ab.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP lehnt die einseitige Förderung einer bestimmten Technologie ab.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die FDP lehnt die Einführung eines WKK-Vergütungssystems ab.

29. Welche alternativen Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Die FDP fordert grundsätzlich den Abbau von Subventionsprogrammen. Stattdessen will die FDP klare und langfristig verlässliche Rahmendbedingungen im Energiebereich. Eine direkte Förderung durch den Bund kommt für die FDP nicht in Frage. Jedoch sind WKK-Anlagen von der CO₂-Abgabe zu befreien, wenn sie eine Gesamtenergieeffizienz von mehr als 80 % aufweisen.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: